Zeit zum Handeln

Die Inflation hat viele Ursachen, erklärt der Generaldirektor der Chambre de Commerce, Carlo Thelen. Größtenteils ist sie auf den weltweiten Wirtschaftsaufschwung, die Energie- und Rohstoffknappheit zurückzuführen, aber auch auf die jüngste Entwicklung in der internationalen Politik. Einiges ist hausgemacht.

Herr Thelen, Europa leidet zurzeit unter einer hohen Inflation. Auch Luxemburg. Das Statistikamt Statec berechnete für den vergangenen Dezember 4,1 Prozent. Im Januar waren es, den Effekt des Winterschlussverkaufs herausgerechnet, 4,7 Prozent. Was sind die Ursachen?

Der Lockdown während des ersten Semesters 2020 hat die Wirtschaft abgebremst. Danach zog sie bereits wieder stark an, zuerst in China und den USA, später auch in Europa. Die starke wirtschaftliche Erholung nach einem Einbruch, der weltweit mehr oder weniger zum selben Zeitpunkt stattfand, ist die konjunkturelle Ursache, die zum Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage, hauptsächlich auf dem Rohstoff- und Energiemarkt, führte. Zum Beispiel kauften die Amerikaner Holz aus Europa, weil sie zu der Zeit einige Differenzen im Handel mit Kanada hatten. Das wiederum führte zu einem akuten Holzmangel in Europa. Auch bei der Chipproduktion und bei der Förderung der dafür notwendigen Edelmetalle kam es zu Engpässen. Außerdem fehlte es aufgrund des Lockdowns an Arbeitskräften und globale Lieferketten wurden pandemiebedingt mehrmals unterbrochen.

Sie schrieben in Ihrem Blog jüngst auch von strukturellen Ursachen?

Die betreffen vor allem die Energiewende. Diese ist, wie wir alle wissen, absolut notwendig, aber nicht zum Nulltarif zu haben. Die CO2-Steuer wurde 2021 eingeführt (20 Euro/Tonne) und wurde jetzt auf 25 Euro/Tonne erhöht (und wird nochmals auf 30 Euro/Tonne 2023 angehoben). Die Energiewende benötigt sehr hohe Investitionen, sowohl für den Staat als auch für Unternehmen. Autofahrer und Pendler müssen auch aufgrund der CO2-Steuer höhere Spritkosten bezahlen. Bei einem Preis von 25 Euro pro Tonne CO2 steigt der Benzinpreis ungefähr um 7 Cent pro Liter. Für Diesel steigt der Preis um 7,9 Cent pro Liter. Zu den konjunkturellen und strukturellen Ursachen gesellt sich jetzt eine Politische: die Ukraine-Krise. Das alles ergibt einen explosiven Cocktail, der zu hoher Inflation, Volatilität und Unsicherheit auf den Märkten führt.

Sie halten die Zeit zum Handeln gekommen. Was muss getan werden?

Auf europäischer Ebene müssen Energie- und Rohstoffreserven erweitert und Produktionskapazitäten ausgebaut werden, um die Abhängigkeit Europas von den Auslandsmärkten zu verringern. Die Hälfte der Inflation ist auf die hohen Energiepreise zurückzuführen. Auch in der Chip-Industrie ist die europäische Abhängigkeit groß. Nur zehn Prozent der Mikrochips weltweit werden in Europa hergestellt, wobei Halbleiter und elektronische Chips für den grünen und digitalen Wandel unerlässlich sind. Mit dem European Chips Act soll dieser Anteil bis 2030 auf 20 Prozent gesteigert werden. Dazu werden in den kommenden Jahren 43 Milliarden Euro öffentliche und private Investitionen mobilisiert. Luxemburg muss über 80 Prozent des Energieverbrauchs importieren; dies zeigt, wie abhängig wir von den Lieferländern sind. Es gibt eine Kluft zwischen dem Entwicklungstempo der erneuerbaren Energien in Luxemburg und den wachsenden Bedürfnissen unserer Bürger und Wirtschaftsakteure. Mit 11,7 Prozent (2020) bleibt der Anteil erneuerbarer Energien am Endverbrauch in Luxemburg im Vergleich zu den allermeisten europäischen Ländern sehr gering.

Also besteht weiter ein großer Nachholbedarf.

Die Diversifizierung des Energiemix als auch Bemühungen im Bereich von Entwicklung erneuerbarer Energien müssen fortgesetzt werden, sei es hier in Luxemburg oder durch die weitere Zusammenarbeit bei grenzüberschreitenden und europäischen Projekten (zum Beispiel Offshore Windpark). Jedoch müssen wir bedenken, dass die energiepolitischen Maßnahmen mehrere Jahre brauchen werden. Die Unternehmen müssen bei dieser Transition begleitet und unterstützt werden. Die Kreislaufwirtschaft kann eine Lösung sein in der Bewältigung der Rohstoffknappheit, indem die Verwendung von Rohstoffen optimiert und gleichzeitig der Bedarf und die dazugehörigen Kosten reduziert werden können.

Wird die Inflation noch längere Zeit so hoch sein?

Ich gehe davon aus. Der Statec rechnet damit, dass sie 2023 wieder zurückgeht und sich normalisiert. Auch die EZB ging vor einigen Wochen noch von einer vorübergehenden Erhöhung der Inflation aus. Mit den jüngsten Entwicklungen und einem Krieg in Europa, mit neuen Rekorden bei den Energiepreisen ist nicht von einer schnellen Entspannung bei der Inflations-Entwicklung auszugehen. Der luxemburgische Indexierungsmechanismus führt außerdem nach jeder Auslösung des Systems wieder zu mehr "hausgemachter" Inflation, und somit ist die darauffolgende Indexierung schon vorprogrammiert, was der Wettbewerbsfähigkeit unserer



Haushalte
mit niedrigen
Einkommen
sind nur wenig
vor steigenden
Energiepreisen
geschützt, und
der Mechanismus
riskiert, die
sozialen
Ungleichheiten zu
steigern.

Carlo Thelen

Wirtschaft schadet und den Kaufkraftverlust von Kleinverdienern weitertreibt.

Der Index ist jedoch hierzulande traditionell eine heiße Kartoffel.

Fakt ist, dass der Indexierungsmechanismus undifferenziert angewendet wird, also die Einkommenslage der Haushalte nicht berücksichtigt. Haushalte mit niedrigen Einkommen sind nur wenig vor steigenden Energiepreisen geschützt und der Mechanismus riskiert, die sozialen Ungleichheiten zu steigern. Außerdem ist eine Indexanpassung eine doppelte Belastung für die Unternehmen: steigende Rohstoff- und Energiepreise sowie höhere Lohnkosten durch eine 2,5-prozentige Erhöhung der Gehälter. Die Frage ist berechtigt, ob der Mechanismus angesichts der Klima- und Energiewende sowie der hohen Inflation, die wir aktuell durchleben, in seiner derzeitigen Form noch angemessen ist. Wir müssen den Warenkorb nachhaltig gestalten. So wird zum Beispiel die Verteuerung des Sprits durch den Index kompensiert. Das macht wenig Sinn, wenn man die Verbraucher dazu bewegen möchte, weniger Benzin zu tanken. In Belgien zum Beispiel sind gesundheits- und umweltschädliche Produkte aus dem Warenkorb ausgeschlossen (außer Heizöl). Die erhöhten Energiekosten könnte man für Kleinverdiener gezielt über die "Teuerungszulage" (Allocation de vie chère) entschädigen. Eine neue, nachhaltigere Zusammensetzung des Warenkorbs könnte gegebenenfalls jedoch nur

langfristig umgesetzt werden. Kurzfristig müssen wir verhindern, dass zwei Indextranchen innerhalb einer zu kurzen Zeitspanne anfallen (zum Beispiel mindestens im Abstand von zwölf Monaten), denn dies würde die Rentabilität und Wettbewerbsfähigkeit vieler Unternehmen negativ beeinträchtigen. Außerdem würde die Inflation weiter angeheizt werden – ein Teufelskreis, der sowohl für die Wirtschaft als auch für die soziale Kohäsion in Luxemburg gefährlich ist.

Die Inflation hat lange keine Rolle mehr gespielt. Hatte man nicht mehr mit ihr gerechnet?

Das ist eine Frage von Angebot und Nachfrage auf verschiedenen Märkten (Kapital, Dienstleistungen, Produkte, ...). Wenn zwischen ihnen ein Gleichgewicht besteht, gibt es normale Preissteigerungen, die zum Beispiel im Verhältnis zum demographischen Wachstum stehen. Der technologische Fortschritt wirkt stabilisierend auf die Preisentwicklung, in normalen Zeiten (siehe Preise für Handys, PKWs, Hifi-Geräte, aber auch für Dienstleistungen usw.). Preise für Energie, Rohstoffe, verschiedene Edelmetalle, Mineralien und Agrarrohstoffe bringen momentan eine große Volatilität mit sich. Der Mangel an Arbeitskräften führt auch zu Preissteigerungen. In diesen Bereichen ist in den nächsten Monaten kaum eine Verbesserung absehbar.

Interview: Stefan Kunzmann Foto: Philippe Reuter